

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und (36 Beilagen) beim eigenen Postamt bezieht. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.85 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig. — 30 Zeilen unter 25 a je laufende 15 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 877.

Nr. 21.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 25. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Lasset eure Lichter brennen,
Selle leuchten nah und fern,
So wird selbst die Welt erkennen,
Daß wir sind ein Volk des Herrn.

Lichtträger.

Ev. Matth. 5, 16: „Lasset euer Licht leuchten vor den Leuten, auf daß sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen.“

Es ist die Aufgabe jedes Menschen, der es mit seinem Christentum ernst meint, Licht auf den Weg zu strahlen, das Leben anderer heller zu machen. Ein Christ soll ein Kind des Lichts sein. Ein Kind des Lichts ist ein Mensch, vor dessen Wandel Christus leuchtend geworden ist. Vor einem Kind der Welt ist er zugedeckt wie mit einem Nebel, dem Nebel der Sünde und Weltlust, durch den die Gestalt Jesu nur in schwachen Umrissen oder gar nicht zu erkennen ist. Aber Jesus, die große Lichtquelle, strahlt auf den wahren Christen über bis ins innerste Wesen, so daß auch er selbst leuchtend wird vom inneren Gotteslicht. Ein schönes Wort sagt: „Christen sollen sein die durchsichtige Schale, durch die Christus, der kostbare Inhalt, herausstrahlt.“ Nicht nur Lichtbesitzer, Lichtträger sollen sie sein, die hinausleuchten in die dunkle Umgebung. Und dieses Lichtträgertum ist nicht gebunden an irgendeinen Stand oder Alter. Gelehrte oder Handwerker, vielbeschäftigte Mütter oder Kinder, sie alle können sich erweisen als Lichtkinder in großen und kleinen Dien-

Wieviel auf unserer armen dunklen Erde sehnen sich nach einem Strahl echter Freundlichkeit, nach einem Wort des Trostes und wirklich warmer Teilnahme. Eine kleine Erquickung dem Kranken gereicht, ein Labfal für den Leib oder die Seele, ein paar Blumen in eine welke Hand gedrückt oder ans Fenster gestellt, ein ermunterndes Gedicht still weitergegeben — lauter kleine und für sich geringe Dinge und Dienste, die die Mühen erquickend, die Durstigen laben, den Freudlosen ein Lächeln abringen. Dazu ist jeder fähig und kann von unermesslicher Wirkung sein, wenn es im Namen Jesu in wahrer Gesinnung des Herzens geschieht. Eine der wunderbarsten Wirkungen unseres Gottes ist es, daß er Träger der stärksten Leuchtkraft auf Krankenbetten erstehen läßt. Siechbetten werden zu Siegesbetten. Wenn die Seele des Leidenden kein harter Stein war, sondern sich prägen und schleifen ließ zur Empfänglichkeit für die Gottespredigt des Lebens, da gehen Lichter aus, die das Haus und die Umgebung erhellen. Wie ließen sich darüber die Beispiele häufen! Von dem blinden Brüderpaar, das Hunderten zum Segen ward, der gelähmten Witwe in einem großen Krankenhaus, deren Stube der Ruheport für alle Trostbedürftigen war, bis zu der schlichten Elisabeth Schärer und dem obigen Fräulein L. von Sackewitz aus jüngster Vergangenheit, die mit ihrem „Erlebtes auf dem Krankenbett“ so manchen die Leidensstunden erhellen. Wie groß wird droben die Schar derer sein, die Lichtträger waren des Lichts, das sie in Leidensnächten empfingen. Kaum andere Lichter brennen so rein wie diese „Lichter in der Nacht“.

Georg Meyer (Wurzen).

Was vorgeht.

Der Gedenktag der Reichsgründung liegt hinter uns. Nachdem die Feiern vorbei sind und die einzelnen politischen Richtungen Stellung genommen haben zu der Tatsache, die sich vor sechzig Jahren als ein Ereignis vollzog, auf das Generationen gewartet und um das sie gerungen und für das sie ihr Blut und ihre Begeisterung eingesetzt hatten, läßt es sich leichter beurteilen, wie weit das deutsche Volk überhaupt noch dafür Verständnis hat, daß sich in jenen Tagen etwas vollzog, das für einen größeren weltgeschichtlichen Zeitabschnitt von Bedeutung ist.

Durch die Jahrhunderte der Vergangenheit hindurch war die Schaffung, Gestaltung und Erhaltung eines geeinigten Deutschen Reiches ein ständiger Kampf. Es läßt sich nicht leugnen, daß dynastische Zwistigkeiten und Machtkämpfe in einzelnen Perioden der deutschen Geschichte eine schnellere und gesündere Entwicklung stark behinderten. In der zweiten Hälfte des neunzehnten

Jahrhunderts, in der sich nun endlich wieder ein geschlosseneres Deutsches Reich nach den Ideen des großen Staatsmannes Bismarck gestaltete, traten als neues Hindernis- und Gefahrenmoment anstelle der teilweise schon ausgeschalteten und im ganzen ungefährlich gewordenen dynastischen Einflüsse, die in der Sozialdemokratie organisierte Internationale und dazu der konfessionelle Gegensatz, der nicht in beiden konfessionellen Lagern die gleiche Freude an dem politisch neu geschaffenen Staate aufkommen ließ.

Aus den Betrachtungen, die zum 60. Gedenktag der Reichsgründung in der sozialistischen Presse angestellt wurden, klang auch jetzt noch keine freudige Begeisterung. Es ging immer ein verärgelter Unterton hindurch, aus dem man die Meinung herauslesen konnte, Bismarck und die Hohenzollern und manche andere Männer, die ihre Kraft eingesetzt für die Einigung Deutschlands, seien doch ein Hindernis gewesen für eine vollkommene Entwicklung deutscher und weltpolitischer Verhältnisse. Hätte man auf der Seite der deutschen Sozialdemokratie mehr Sinn und Verständnis für historische Entwicklungen, so würde man schon aus der Geschichte Frankreichs wissen können, wie gewagt es ist, Personen, deren geschichtliche, reformerische Aufgaben zufallen, dafür verantwortlich zu machen, daß nicht die Wünsche aller gegensätzlichen Richtungen erfüllt werden. Gilt Frankreich auch jetzt noch bei vielen deutschen Demokraten als das Land, das Deutschland in kultureller Beziehung um hundert Jahre voraus ist, so wird doch kein Sozialdemokrat sagen können, daß man in Frankreich der Lösung der sozialen Frage, dem Kernstück sozialistischer Strebens, um einen Schritt näher ist als in Deutschland. Es wird immer noch so sein, daß der Krieg und der nachfolgende sozialpolitische Entwicklung war, die doch vielleicht der deutschen Arbeiterchaft eine sicherere und bessere Gegenwart und Zukunft gebracht hätte als die, die nach den hereinbrochenen Ereignissen über die deutsche und über die Arbeiterchaft der ganzen Welt hereinbrochen ist. Eins aber könnte die deutsche Sozialdemokratie vom französischen Volke lernen, nämlich die Wertschätzung eines eigenen, starken Nationalstaates.

In den Erwägungen darüber, welche Grenzregulierungen Deutschland jetzt noch fordern muß und welche Rolle Deutschland in seiner jetzigen Form bei der zukünftigen Gestaltung Europas spielen soll, ist es aber auch von großer Bedeutung, wie sich der katholische Volksteil, politisch vorwiegend durch das Zentrum vertreten, zu dem von Bismarck geschaffenen Reich stellt. Die „Germania“ schreibt in einem „Demokratie“ überschriebenen Artikel folgendes:

„Die Feiern des 18. Januar sind vorüber. Es war, um es einigen boshafte Jungen gegenüber mit aller Deutlichkeit zu sagen, ganz selbstverständlich, daß auch der katholische Volksteil aufrichtigen Herzens und mit treuer volkverbundener Gesinnung an den Feierlichkeiten dieses Tages teilnahm. Auch das katholische Volk hat als ein unauflösbarer, mit den Fasern seiner Seele im deutschen Volkstum verwurzelter und verwurzelter Bestandteil der Nation sich der Stunde freudig erinnert, in der vor sechzig Jahren das zerrissene deutsche Volk zu einer großen geschlossenen staatlichen Einheit zusammengefaßt und zusammengeführt worden ist. Zu einem Reich. Und wenn diese Stunde auch die räumliche Trennung vom alten deutschen Kaiserreich und die nach dem damaligen Ermessen endgültige Lösung vom alten Reichsgedanken bedeutete, damit ein neues Reich auferichtet werden konnte, es wird niemanden unter uns geben, der nicht zu gleicher Zeit diese Stunde anerkennt und anfühle als die Erfüllung einer starken nationalen Sehnsucht und als den Ausbruch eines tiefen, echten Nationalgefühls.“

Es gehört heute zum historischen Tatbestand, daß die Lösung, die der deutsche Baumeister Bismarck 1871 gefunden hat, die unter den gegebenen Verhältnissen zweckmäßigste und beste war, die damals erreicht werden konnte. Das kann heute um so freier und um so offener gesagt werden, als nach den Wechseln des Weltkrieges und nach dem Diktat von Versailles das alte umfassende großdeutsche Reich die neue große sehnachtsvolle Hoffnung aller Deutschen geworden ist. Die räumliche Trennung, die notwendig war, um das Bismarcksche Reich zu schaffen, hat die geistige und volkliche Einheit nicht zerstört. Und wenn uns Katholiken, die wir doch auf den Schlachtfeldern von 1870/71 auch durch unser Blut das einige Reich haben mitgeschaffen helfen, im neuen Reich zunächst eine sehr bittere und sehr schwere Zukunft beschert und beschieden war, so hat unser Kampf niemals dem Staat genötigt, sondern immer nur der Toleranz und Freiheit, die wir als gleichwertige Bürger zu verlangen und zu erwarten hatten, und die man uns nach Lust und Laune vorenthielt.“

Wenn für den katholischen Volksteil in der im letzten Satz genannten Hinsicht im Bismarckschen Staat viel zu wünschen übrig blieb, so darf nicht vergessen werden, daß Bismarck auch Grund genug zu der Annahme hatte, die Politik des Zentrums werde nicht nur bestimmt nach rein deutschen Gesichtspunkten, sondern das Streben der römischen Kirche nach weltlicher Macht sehe sich besonders stark gehemmt durch ein gefestigtes evangelisches preussisches Königtum und deutsches Kaiserreich. Es ist nicht

schwer, aus der neueren Geschichte nachzuweisen, daß die Beseitigung des Hohenzollernhauses als herrschende Macht in Preußen-Deutschland eine Hoffnung einflussreicher katholischer Kreise war. Diese Tatsache ist aber sicher für Bismarck ein Grund gewesen, in der Personalpolitik nach der katholischen Seite hin etwas zurückhaltend und vorsichtig zu sein. Soweit ist aber auch das nicht gegangen, daß sich nicht auch tüchtige katholische Persönlichkeiten im Heer, in der Politik und in der Verwaltung hätten durchsetzen können. Immerhin sind die Verhältnisse so gewesen, daß durch sie eine einheitliche glühende vaterländische Begeisterung nicht aufkommen wollte. Hat Deutschland aber nun den Weg gehen müssen, der zu einer Reichsgründungsfeier führte, wie wir sie am vergangenen Sonntag erlebten, dann muß uns die Frage beschäftigen, was nun geschehen kann und geschehen muß, um unseren Staat, unser Deutsches Reich zu einem Land zu machen, das seinen Bürgern zu einem Vaterland wird, das sie über alles in der Welt lieben.

Als wir am Sonntag einen Gang durch den größten Teil unserer schönen Stadt Bielefeld machten, nur zu dem Zweck, festzustellen, ob sich auch durch Beflaggen der Häuser etwas Liebe und Begeisterung für den Staat zeigte, da legte sich doch ein Gefühl tiefer Begeisterung auf die Seele. Man erinnerte sich der eigenen Jugend, wo solche Gedächtnistage bei Jung und Alt Hochgefühle vaterländischen Stolzes hervorriefen. Mit wehenden Fahnen durchzog die Schuljugend Dorf und Stadt und das „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“ klang durch das ganze Land bis hin zum Rhein. Jetzt aber war in den Straßen keine Spur von ähnlicher Bewegung. Auf den öffentlichen Gebäuden wehten die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben und die schwarz-weiße Preußenfahne. Mit diesen Farben hatten wir am Sonntag eine Prachtfeier gefeiert. Schwarz-weiß-rot, die Farben, unter denen die Reichseinheit entstanden war, magte aber fast niemand mehr zu zeigen. In einer Seitenstraße wehte eine schwarz-weiß-rote Fahne etwas auf Halbmast. Es muß doch eine der obersten diabolischen Mächte gewesen sein, die gerade in der schwersten Zeit in alles übrige deutsche Land auch noch den Flaggenstreit hineingetragen hat. Diese Neugierlichkeiten am Gedächtnistage der Reichsgründung haben uns gezeigt, daß im tiefsten, innersten Volksleben noch eine sehr schwere Wunde klafft. Darüber konnte der Berliner Jubel bei der Feier im und am Reichstag und die Freude der Berliner am schneidigen Militärmarsch der Fahnenkompagnie nicht hinwegtäuschen. Hat aber der Erinnerungstag in allen politischen Lagern etwas von dem Bewußtsein geweckt, daß wir alle, die wir die deutsche Sprache reden und in Grenzen zusammen wohnen, eine Schicksalsgemeinschaft sind, in der einer auf den andern angewiesen ist, dann wollen wir weiter hoffen, daß auch wieder einmal die Stunde der Freiheit schlägt und die Zeit kommt, wo die Liebe des freien Mannes wieder die Heimat mit Begeisterung schlägt.

Inzwischen blühen im Reich und besonders in Preußen die Methoden der Gesinnungsschnüffelei. Beamte, die sich nicht offen zu der in Preußen regierenden Partei bekennen oder die sich nicht entschließen können, offenen Sympathien für die Republik zu äußern, stehen ständig in Gefahr, abgebaut oder „pensioniert“ zu werden, auch wenn ihre Fähigkeiten und ihr Eifer im Dienst nicht angezweifelt werden können. Die Republik hat eine so lange Probezeit hinter sich, daß erwartet werden könnte, solche nationalen Gedenktage würden allmählich allgemein etwas davon zeigen, daß auch der Staat in seiner neuen Form einen Platz im Herzen des Volkes gewonnen hat. Wenn sich aber so gar nichts zeigt von impulsivem Aufwallen nationaler, vaterländischer Begeisterung, so ist doch nicht anzunehmen, daß nur der Druck, der von außen her auf Deutschland liegt und nur die materielle oder seelische Not es sind, die im Volke die patriotischen Gefühle niederhalten, sondern es ist ein Zeichen dafür, daß es dem neuen System noch nicht gelungen ist, sich Vertrauen zu erwerben, das das Bedürfnis hat, sich auch einmal nach außen hin kundzutun. Bei den Massen, die das Reichsbanner um sich gesammelt hat und denen von Zeit zu Zeit deutlich gemacht wird, daß sie die Schutztruppe der Republik sein müßten, sind es doch wohl vorwiegend andere Gründe als die Liebe zum Vaterland, zu Staat und Reich, die sie bewegen, sich unter Hofsings Kommando in Reich und Glied zu stellen. Wir meinen, die Erfahrungen der letzten 12 Jahre, alles das, was an Folgen des Krieges und der „Friedensverträge“ zu tragen ist und auch das, was sich jetzt wieder an geschlossenem Feindeswillen den deutschen Wünschen und Bedürfnissen in Genf gegenüberstellt, mühte in Deutschland endlich die Einsicht lebendig machen, daß uns die Staatsidee fehlt, die ande-

ren Völkern eigen ist, und die den aktiven Politikern in Genf, London, Rom, Moskau, Budapest und Washington den Rückhalt gibt zu einer Politik, die nun auch wirklich im Interesse ihrer Länder liegt.

Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens haben in Genf eine Erklärung abgegeben, die unter anderem folgendes sagt: „Wir können zur Verbesserung der Lage nichts Besseres tun, als den Zweifel über die Solidität des Friedens in Europa nicht weiter bestehen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten oder als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten legen wir Wert darauf, zu proklamieren, daß wir mehr als jemals fest entschlossen sind, uns der Organe des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt künftig auszuschließen.“

Leider muß man feststellen, daß Erklärungen bisher nicht bewirkt haben, die Zweifel über die Solidität des Friedens zu bannen. Während der Tätigkeit Dr. Stresemanns als deutscher Außenminister hat es Momente gegeben, wo auch die schlimmsten Skeptiker anfangen, Hoffnung zu schöpfen. Es sei nur an Locarno und Thoiry erinnert. Was ist aus allen Hoffnungen geworden? Wir leben wieder in einer Atmosphäre wie die vor dem Kriege, wo jahrelang davon die Rede war, daß wir auf einem Pulverfaß lebten. Jeder fürchtete die Explosion, verhindern konnte sie aber niemand. Fast scheint es so, als hätte der Völkerbund ebenso wenig Sicherheit wie die Schiedsgerichte, die sich auch früher schon um den Frieden und um die Versöhnung bemühten.

Ein Endurteil kann über das Ergebnis der Minderheitsverhandlungen in Genf noch nicht gesprochen werden. Von Verhandlungen auf der durch Versailles geschaffenen Basis haben wir uns noch nie etwas Günstiges für Deutschland versprochen. Der viel angefeindete Dr. Curtius hat auch jetzt getan, was er konnte, um Deutschland sein Recht zu sichern. Ist Dr. Curtius alles bekannt gewesen, was man in den Parteiblättern in den letzten Wochen über ihn geschrieben hat, dann ist seine Tapferkeit anzuerkennen, mit der er trotz allem noch vor die Öffentlichkeit trat. Daß er sich längst fertigen Entscheidungen einer Entente Mehrheit gegenüber sah, dafür konnte er persönlich gar nichts. Wir Zeitungsleser sollten uns in solchen Situationen daran erinnern, daß die Sitzungen, wo angeblich die Entscheidungen fallen, nur die äußere Dekoration sind für den Akt, der den lange vorher fertigen Beschlüssen vor der Öffentlichkeit die nötige Wichtigkeit geben soll. Der Schwung, der die Vorbedingung ist für die Durchbrüche derartiger politischer Wünsche, fehlt Deutschland. Er muß wieder lebendig werden.

Kr.

Alter und neuer Idealismus.

Die Theologie ist doch wahrlich die umfassendste aller Wissenschaften! Welch umfassenden Blick sie gibt, mag man aus Wilhelm Lütgers neuestem Werk „Das Ende des Idealismus im Zeitalter Bismarcks“ erkennen.

Der Berliner Universitätsprofessor gibt hier in großem Rahmen ein geschichtlich unterbautes Bild des gegenwärtigen politischen Lebens. Er zeigt, wie es zu dem gegenwärtigen Tiefstand kommen mußte: „Der Höhepunkt der politischen Geschichte des deutschen Vol-

kes ist zugleich das Ende des deutschen Idealismus — das ist eine Tatsache, die man nicht bezweifeln kann, auch wenn man sie beklagt.“ Und er zeigt zugleich den Weg zum neuen Aufstieg. Nicht dadurch ist ein neuer Aufstieg möglich, daß man den alten Idealismus erneuert. Nein, die Fehler müssen gemieden werden, an denen der alte Idealismus gescheitert ist. Er konnte die Natur nicht in sich aufnehmen, weil er den Schöpfer nicht kannte.

Insofern steht Lütger den Idealismus in Parallele zur Erweckungsbewegung: diese scheiterte ebenfalls daran, daß sie nur Erlösungslehre war und den Schöpferglauben, der hinter der Erlösungslehre liegt und sie trägt, zurücktreten ließ.

Beiden fehlte das Bindeglied zwischen dem Menschen und dem Christen.

Was Lütger vor allem fordert, ist eine neue Sozialethik. Vier Aufgaben stellt er geistesgeschichtlich der Gegenwart:

Erstens müssen wir den rechten Staatsbegriff finden: wir müssen heraus sowohl aus dem antiken Staatsbegriff, den Hegel erneuert hat, wie aus der Gleichgültigkeit gegen den Staat, die Nietzsche vertritt.

Zweitens müssen wir über den Gegensatz zwischen dem demokratischen Sozialismus von Marx und dem aristokratischen Individualismus eines Nietzsche herauskommen.

Drittens müssen wir herauskommen über den Gegensatz zwischen einem reaktionären Klassizismus und einer revolutionären Zerstörung der Grundlage unserer Bildung: Wir müssen eine neue Verbindung von Christentum und Orchestertum finden.

Und endlich brauchen wir eine Kunst und Literatur, die uns über den Kampf zwischen Idealismus und Naturalismus heraushebt.

Das sind wahrlich umfassende Ziele. Und nun ist es im höchsten Grade bedauerlich, zu sehen, wie hoch hier, sonderlich für die zweite Aufgabe, Lütger das Lebenswerk eines Adolf Stöcker einschätzt. Für Lütger steht unter den führenden Männern der evangelischen Kirche „besonders Stöcker, ein Kenner des Volkes, der das öffentliche Leben mit klaren Augen beobachtete“ (S. 60); die „Kirchlich-sozialen Blätter“ bringen demnach aus dem Buch die eingehende Darlegung der Wirksamkeit Stöckers.

Die Darstellung des Lebens Bismarcks ist ebenfalls bedauerlich für uns. Wir könnten folgende beiden Worte Bismarcks, die Lütger anführt, geradezu zur Grundlage unserer Arbeit erklären: „Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich schickt, da muß ich gehen, und ich glaube, daß er mich schickt und mein Leben zurecht, wie er es braucht.“ „Gerade dieser mein lebendiger christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschickt hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen ist, dieses Amt nach allen Seiten zu wahren.“ Das erste Wort entstammt einem Brief an seine Braut, das zweite einer Landtagsrede von 1871 an seine Braut, das dritte einer

Wie vieles aus der Vergangenheit wird uns in dem Buche lebendig! Halbvergessene Gestalten wie Constantin Frantz und Constantin Röhrer werden lebendig, die ganze große Zeit Kaiser Wilhelms und seiner Paladine taucht vor uns auf, aber wir lernen auch, was in der Zeit vor dem Weltkrieg faulig war. Und wir möchten wohl wün-

schen, daß zu diesem Band, der mehr die Analyse bringt, noch ein zweiter, systematischer Band, der vorwärts weist, hinzutrete.

Freilich, auch schon dieser Band bietet nicht nur für den, der geschichtliche Begründung begehrt, sondern auch für den, der wesentlich vorwärts schaut, sehr viel. (Verlag Bertelsmann, Gütersloh, 480 Seiten, geb. 18.— Mark; einen ausführlichen Prospekt liefert jede gute Buchhandlung un berechnet). Bisher hat der Christlich-soziale Volksdienst noch keine so umfassende wissenschaftliche Begründung seines Gesamtwerkens erhalten.

Es ist geradezu ein Waffenarsenal: nicht in dem wörtlichen Sinne, daß man hier fertig geschmiedete Waffen für alle Fälle vorrätig fände, aber daß man es hier lernt, edles Erz schürfen und daraus selbst die Waffenrüstung zu schmieden, die der Christ im öffentlichen Leben braucht.

Und dafür werden wir alle, die wir wissen, daß politische Arbeit, wenn sie grundtätig ist, der tiefsten Begründung bedarf, Herrn Professor Lütger von Herzen dankbar sein.

D. Reinhard Mumm, M.D.R.

Die „siebente Großmacht“.

Eine Mahnung.

Ein kluger Politiker, der mit den Großmächten zu verkehren mußte, hat die Presse als siebente Großmacht bezeichnet. Das war zu einer Zeit, als die Presse noch sehr um ihre Geltung in der Politik zu kämpfen hatte.

Dieser kluge Politiker war Bismarck. Er verstand es, mit der Presse zu arbeiten, sie für seine Ideen zu gewinnen. Er erkannte allmählich in der Presse ein politisches Instrument von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Trotzdem er wiederholt und recht drastisch seinem Unwillen über einige unliebsame Vorstöße in der Presse freien Ausdruck gab.

Seit Bismarcks Zeiten hat sich aber die Stellung der Presse in der ganzen Welt wesentlich verändert. Diplomatie und Presse stehen im politischen Konzert unmittelbar nebeneinander. Sie ergänzen sich gegenseitig. Das eine ist ohne das andere nicht mehr denkbar. Dort, wo Politiker tagen, sitzt die Presse als unmittelbarer Zeuge mit am Verhandlungstisch. Nicht selten werden bei internationalen Verhandlungen Vertreter der Presse zur Mitarbeit herangezogen.

Das alles beweist, wie sehr es die Presse verstanden hat, sich in die erste Front der politischen Geschehnisse einzureihen. Ein moderner Politiker, der nicht eine große Presse hinter sich hat, ist von vornherein aktionsunfähig. Ebenso sind politische Aktionen, ob innerhalb einer Nation oder international, aussichtslos, wenn nicht eine große Pressefreiheit den Kampf mit der Druckerschwärze vorbereitet hat.

Die Presse ist nicht mehr ein Instrument in einem Orchester, sie ist ein Orchester mit sehr vielstimmigen Akkorden auf der politischen Bühne die Rolle eines Regisseurs. Wie der Regisseur sein Ensemble, lenkt die Presse die öffentliche Meinung.

Irreführender Weise spricht man häufig von der Presse als der öffentlichen Meinung. Sie kann in mancher Hinsicht Interpretin der öffentlichen Meinung sein, viel mehr

Amerikanische Reiseindrücke.

(Schluß.)

Vorerst ist hier das Werden der Volksgemeinschaft durch den Weltkrieg bescheinigt worden, wie ja auch die Einheit des Deutschen Reiches durch einen Krieg 1871 der Verwirklichung nähergebracht wurde. In Amerika erfolgte dies zwar im Kampf gegen die Deutschen. Als Folge ist eine engere Gemeinschaft des amerikanischen Völkergemeinschaftes zu verzeichnen.

Nur einen Fehler pflegt diese Art von Gemeinschaft zu haben, die einem Kriege ihre Förderung verdankt. Die Ideale, um die man vermeintlich gekämpft hat, gehen allmählich immer mehr verloren. An ihre Stelle tritt die nationale Geschlossenheit wirtschaftlicher Selbstsucht. So kommt jetzt zu den Beschränkungen, die Einwanderer von Amerika fernhalten sollen, eine große Erhöhung der amerikanischen Zollmauern hinzu, um die Einfuhr ausländischer Waren einzudämmen. Man will sich die reichere Lebensweise, den höchsten Lebensstandard in Amerika sichern, das ist das Hauptkennzeichen der dortigen nationalen Selbstsucht.

Daß dem zur Zeit gerade eine große Arbeitslosigkeit gegenübersteht — man spricht von 5 und 7 Millionen, ja, sogar von einem Drittel der Stadtbevölkerung —, darauf soll hier nicht näher eingegangen werden. Mehr interessiert in diesem Zusammenhang, welche Gegenkräfte und wie die Kirchen am Werke sind, um dieser nationalen Selbstsucht Herr zu werden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika herrschte die Parole „America first“, auf Deutsch „Amerika an der Spitze“ oder „Amerika über alles“. Der amerikanische Bischof G. A. Oldham gab dieser Forderung in einer Predigt, die er an einem nationalen Feiertage hielt, folgende Deutung, die in vielen Postkarten, Anschlüssen usw. bekannt gemacht und für die Kirche richtungsgebend wurde:

Amerika über alles! Nicht in materiellen Dingen, sondern in Sachen des Geistes. Nicht nur in Wissenschaft und Erfindungen, Automobilen und Luftschiffen, sondern auch in Idealen, Grundsätzen und Charakterstärke. Nicht nur in der ruhigen Verfechtung von Rechten, sondern in der großen Uebernahme von Pflichten. Wir wollen mit Stärke nicht prunken wie ein Riese, sondern in Hilfsbereitschaft uns über eine kranke und ver wundete Welt beugen wie ein barmherziger Samariter.

Amerika an der Spitze! Nicht in glänzendem Sich-abschließen, sondern in mutigem Zusammenarbeiten. Nicht in Stolz, Annäherung und Geringschätzung anderer Rassen, sondern in Mitleiden, Lieben und Verstehen.

Wir wollen nicht wieder einherstreiten im alten, abgenutzten und blutigen Pfade, der unvermeidlich im Wirrwarr und Unglück endet, sondern eine neue Fährte bekannt machen, auf der, wenn es Gott gefällt, andere Völker folgen in das neue Jerusalem, wo es keine Kriege mehr geben wird. — Wenn wir nicht in die größte Barbarei zurückfallen sollen, muß eines Tages eine Nation diese Spur aufnehmen — und nach dieser Ehre gelüstet es mich für mein geliebtes Amerika. In diesem Geiste und mit diesen Hoffnungen sage ich aus ganzem Herzen und mit ganzer Seele: „America first.“

Jedes Nationalgefühl läßt sich schließlich mit einem Geiste der Feindschaft und des Hasses oder mit einem Geiste der Liebe und der Freundschaft erfüllen. Daß die letztgenannte Einstellung mehr dem Geiste des Evangeliums entspricht, diese Erkenntnis bricht sich doch jetzt immer mehr Bahn. Was sich als Parallele hierzu über die Einstellung des deutschen Nationalgefühls sagen läßt, soll hier nicht näher untersucht werden. Leicht ist jedoch zu erkennen, daß die gekennzeichnete nationale Einstellung nicht nur theoretisch interessant, sondern auch praktisch bedeutungsvoll ist. So sind z. B. in diesem Zusammenhang die Hilfsaktionen zu sehen, die von den Vereinigten Staaten für fremde Völker durchgeführt worden sind.

In den ersten Jahren nach dem Kriege wurde eine umfangreiche Hilfsaktion für Mittel- und Osteuropa, für Armenien und für China entfacht; in diesen Ländern gab es Hunger und andere Kriegsfolgen zu beseitigen. Hierbei wurde in der amerikanischen Bevölkerung eine nationale Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit zur Entwicklung gebracht, deren außerordentlich große Leistungen man nur bewundern kann.

Ueber all diese Hilfsaktionen genaue Informationen zu erhalten, das war der Hauptzweck meiner Studienreise. Dabei war es für mich doch erfreulich zu sehen, auf welch große Anzahl derartiger Hilfsaktionen Amerika seit mehr als einem Jahrhundert zurückblicken kann. Mit Fug und Recht kann man hier von einer nationalen Tradition in der Hilfsaktion für fremde Völker sprechen.

Die amerikanischen Kirchen haben sich an dieser internationalen Liebestätigkeit, besonders nach dem Kriege, führend beteiligt. Darüber hinaus suchten sie mit den Kirchen der anderen Länder eine engere Gemeinschaft. Mutig haben sie sich an die Lösung der Aufgaben gemacht, die sie in den Vereinigten Staaten mit ihren oben angedeuteten Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Ein Land mit diesem großen Reichtum, mit diesen ungeheuren volkswirtschaftlichen Problemen und mit diesen weiten Gebieten stellt die Kirche vor eine über große Arbeit. Mit allen, die in dieser schweren Arbeit stehen, müssen wir uns besonders verbunden fühlen.

Diese internationale Verbundenheit wird dort immer als besonders wertvoll empfunden, wo man es mit ungewöhnlich großen Schwierigkeiten zu tun hat und vor der Größe der nationalen Aufgabe der Kirche fast machtlos steht. Wie stark die amerikanischen Kirchen mit dieser Verbundenheit rechnen, geht aus der bereits 1920 versandten Botschaft des amerikanischen Kirchenbundes an die Schwesterkirchen Europas hervor. Darin heißt es:

„Wir werden für euch beten; wolt ihr nicht auch für uns beten, damit wir und unsere Nation unserer Pflicht nicht untreu werden? ... Allen Ernstes müssen wir darauf dringen, daß unser ganzes industrielles, wirtschaftliches, politisches und soziales Leben den christlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit, des gegenseitigen Dienstes und der Liebe untergeordnet werde.“

Bei alledem bleiben für uns Deutsche doch gewisse Hemmnisse bestehen, mit diesem reichen Amerika in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Weit hin fühlen sich die Deutschen nun einmal als das ärmere Volk, dessen Reparationszahlungen zudem zu 60 Prozent ihren Weg über Paris und London nach den Vereinigten Staaten nehmen. Und was noch schlimmer ist, über diese einem verarmten und sich beklagenden Völker eigenständige Einstellung hinaus macht sich ein Gefühl innerer Verarmung breit, das der Welt gegenüber keine deutsche Verantwortung gelten lassen will. Und doch hat auch ein verarmtes Volk einem reicheren gegenüber seine sittlichen Pflichten. Solche Wirklichkeit hat gewiß ihre besonderen Schwierigkeiten, wie sie auch in besonderem Maße im Verhältnis des Reiches zum Armen zutage treten. Diese zu würdigen und ihnen nachzugeben, das ist es, was uns Deutschen jetzt nottut. Aber werden wir als Volk auch fähig sein, dieser nationalen Verantwortung gerecht zu werden und dafür ein Opfer zu bringen? Gerade jetzt!

aber ist sie da
sucht heute i
seiten.

Damit hat
laden. Wäre
sich Meinun
auseinanderz
ter zu einer

Diese Kritik
berichtigt. E
die Behauptu
aterstück an,
am nächsten
Grund ihrer
So verhält es
eines Theate
Maße bei der

Das ist a
ständig him
klar wäre, d
gen sich um
delt. Im allh
tische Vermö
Bild zu mach
tiklos der W
Schreibers.

Und hier
Presse gegen
wir politisch
ten Zerklüft
daran schuld
kleinsten Tag
Tag den Les
Wie war
Volksschicht
teressen und
lich, daß sich
kämpfen, sich
eine tägliche
einer doktrin
würde!

Die Leser
kommen, i
machen, wel
in den extre
Allein derjen
tungen der v
sich ein Bild
Publizistik h

Die Press
ihrer Geltun
technische F
wird. Um so
der bisher ge
seitige Orien
dulden darf.
schaffen allz

Gläubliche
antwortunge
Presse hat d
dung der ge
führer, hinc

Auf ein
Verbandes
kanzler Dr.
liche Lage u
von der Wel

An der
lasten sei j
wäre falsch,
notwendigen
wolle; auch
nicht zu tra
genheit wie
deutschen W
dieser Wahr
Deutschland

In der
ning, in dem
ziellen Sam
ren, könnten
aktiver und
der Industri
deutsche Wi
den Anschlu
ganz besond

Reichst
daß auch am
und Ausma
und Indust
Auf diese u
Teil der ge
führen und
befriedigend

Beständ
gierung erk
rung leidet
Rassenrefe
Steuerermä
diesem Zusa
digkeit einer
der man je
Durchführun
Jahren brin
eintretenden
ren zu spür
Regierung f
zu machen,
sag, mit we

Zum E
Berufsgrupp
interessen a
sammenfinde

analyse bringt,
der vorläufig

nicht nur für
sondern auch
viel. (Verlag
18.— Mark;
te Buchhand-
ristlich-soziale
ffenschaftliche
n,
in dem wört-
bedete Waffen
es hier lernt,
Waffenrüstung
lichen Leben

sen, daß poli-
tischen Be-
von Herzen
nm, M.D.R.

cht".

hmächten zu
te Großmacht
e Presse noch
impfen hatte.

er verstand es,
en zu gewin-
in politisches
Bedeutung.
seinem Un-
n der Presse

Stellung der
wert. Diplo-
ert unmittelbar
seitig. Das
r. Dort, wo
barbar Zeuge
rden bei in-
r Presse zur

e verstanden
Geschichte
r nicht eine
rein aktions-
ob innerhalb
s, wenn nicht
der Drucker-

in einem Or-
ummen An-
eines Regi-
st die Presse

n der Presse
mancher Hin-
in, viel mehr

dieser inter-
dem Kriege,
sie mit den
Bereitschaft.
Aufgaben ge-
it ihren oben
haben. Ein
n ungeheuren
ten Gebieten
Mit allen,
wir uns be-

dort immer
es mit unge-
und vor der
fast machtlos
n mit dieser
s 1920 über-
enbundes an
n heißt es:
nicht auch für
nserer Pflicht
ssen wir dar-
s, wirtschaft-
n christlichen
igen Dienstes

doch gewisse
Amerika in
zeitlich fühlen
re Volk, des-
prozent ihren
inigen Staa-
t, über diese
enden Volks-
h ein Gefühl
genüber keine
Und doch hat
genüber seine
et gewiß ihre
Besonderheit
utage treten.
n, das ist es,
eden wir als
verantwortung
zu bringen?

aber ist sie darauf aus, die Meinung zu beeinflussen. Sie sucht heute in erster Linie die öffentliche Meinung zu lenken.

Damit hat sie eine große Verantwortung auf sich geladen. Wäre die Presse lediglich ein Spiegel der öffentlichen Meinung, dann fiele es nicht schwer, sich mit ihr auseinanderzusetzen. So aber zwingt sie den Beobachter zu einer streng kritischen Einstellung.

Diese kritische Einstellung erweist sich bald als sehr berechtigt. Ein Berliner Zeitungsforscher hat kürzlich die Behauptung aufgestellt: „Siehe ich mir heute ein Theaterstück an, dann weiß ich mit ziemlicher Sicherheit, was am nächsten Morgen die verschiedenen Zeitungen auf Grund ihrer politischen Einstellung dazu sagen werden. So verhält es sich nicht nur bei der kritischen Würdigung eines Theaterstückes. Das tritt in noch viel stärkerem Maße bei der Politik in Erscheinung.“

Das ist an sich ein Zustand, den man als selbstverständlich hinnehmen könnte, wenn der Leser sich darüber klar wäre, daß es bei den Darstellungen dieser Zeitungen sich um ganz bestimmte Meinungsäußerungen handelt. Im allgemeinen hat aber der Leser nicht das kritische Vermögen, sich von allen Vorgängen ein klares Bild zu machen. So verfällt er mehr oder weniger kritiklos der Anschauungsweise seiner Zeitung, bezw. des Schreibers.

Und hier hat besonders die parteipolitisch gebundene Presse gegen sich und ihre Leser sehr geschädigt. Wenn wir politisch und weltanschaulich unter einer nie gekannten Zerküftung leiden, so trägt nicht zuletzt die Presse daran schuld, die bei allzu einseitiger Einstellung die kleinsten Tagesgeschehnisse beleuchtet und damit Tag für Tag den Leser vollstropft.

Wie wäre sonst die widersinnige Verheerung von Volksschichten möglich, die voll und ganz die gleichen Interessen und dieselben Ziele haben! Wie wäre es möglich, daß sich Volkskreise derselben Schichten erbittert bekämpfen, sich gegenseitig niederschlagen, wenn nicht durch eine tägliche Dosis des Gift der Verheerung von Seiten einer doktrinären Presse in den Volkshörner geimpft würde!

Die Leser, die nur täglich ihre eine Zeitung ins Haus bekommen, können sich kaum eine Vorstellung davon machen, welche Ausmaße diese Verheerung nicht allein in den extremen Lagern in der Presse angenommen hat. Allein derjenige, der am Tage ein Duzend und mehr Zeitungen der verschiedensten Richtungen zu lesen hat, kann sich ein Bild davon machen, welche Folgen diese Art von Publizistik haben muß.

Die Presse in der Gesamtheit steht auf dem Höhepunkt ihrer Geltung. Wie lange wird es dauern, daß ihr durch technische Fortschritte dieser Vorrang streitig gemacht wird. Um so mehr sollte sie sich klar werden, daß sie in der bisher gekannten Weise die Verheerung und allzu einseitige Orientierung aus ihren Reihen heraus nicht mehr durchführen darf. Sie wird sich klar werden müssen, daß auch schärfsten allzu tendenziöser Interessen bleiben wird.

Glücklicherweise gibt es noch eine Presse, die das Verantwortungsbewußtsein noch nicht verloren hat. Diese Presse hat die Aufgabe, mitzuwirken an einer Gesundung der gesamten Presse, als dem öffentlichen Wortführer, hinzuweisen auf das, was auf dem Spiele steht.

Fr. W. Ruhlmann.

Eine Rede Brüning's.

Auf einer in Chemnitz abgehaltenen Tagung des Verbandes der sächsischen Industriellen hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine Rede über die wirtschaftliche Lage und die Pläne der Regierung. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise führte er u. a. aus:

An der Forderung einer Herabsetzung der Tributen läßt sich das ganze deutsche Volk einig. Aber es wäre falsch, wenn man alles Heil von der unbedingt notwendigen Minderung der Tributen erwarten wollte; auch wenn das deutsche Volk die Tributen nicht zu tragen hätte, müßten die Fehler der Vergangenheit wieder gutgemacht werden, und wenn man der deutschen Wirtschaft helfen wollte, so müßte man von dieser Wahrheit ausgehen. Es sei notwendig, daß Deutschland sich dafür wirtschaftlich rüste.

In dem Tempo, so betonte Reichskanzler Brüning, in dem es gelinge, die wirtschaftlichen und finanziellen Sanierungsbestrebungen zum Erfolge zu führen, könnten wir auch außenpolitisch wieder freier, aktiver und erfolgreicher auftreten. Die Selbstkosten der Industrie müßten weiter gesenkt werden, damit die deutsche Wirtschaft unter allen Umständen rechtzeitig den Anschluß an den Weltmarkt erhalte. Dies gelte ganz besonders für die sächsische Exportindustrie.

Reichskanzler Brüning führte dann weiter aus, daß auch andere größere Länder zweifellos im Tempo und Ausmaß der Rationalisierung der Landwirtschaft und Industrie den Bedürfnissen vorausgeeilt seien. Auf diese übertriebene Rationalisierung sei auch ein Teil der heutigen großen Wirtschaftskrisen zurückzuführen und der Saldo der Rationalisierung sei nicht befriedigend.

Bezüglich des notwendigen Reformwerkes der Regierung erklärte der Reichskanzler, daß der Regierung leider die Menge von zur Verfügung stehenden Reserven fehle, um in einigen Monaten bereits Steuerermäßigungen der Wirtschaft zu bringen. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Notwendigkeit einer systematischen Verwaltungsreform, von der man jedoch nicht erwarten dürfe, daß sie nach Durchführung etwa Erparnisse in zehn oder zwanzig Jahren bringen werde. Das Maximum der durch sie eintretenden Erparnisse würde man erst in zehn Jahren zu spüren bekommen. Aufgabe der gegenwärtigen Regierung sei es, unpopuläre Ein- und Durchschnitte zu machen, und mehr denn je gelte heute der Grundsatz, mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen.

Zum Schluß forderte der Kanzler, daß sich alle Berufsgruppen unter Hinzustellung ihrer Sonderinteressen auf einer gemeinsamen großen Linie zusammenfinden mögen.

Bedenkliche Eile.

Rascher Abschluß in Genf?

Briand will nach Paris zurück. — Neue Unterredung Curtius-Henderson.

— Genf, 24. Januar.

Der Sturz der französischen Regierung ist in Genf vielen Delegationen gelegen gekommen, um eine rasche Erledigung der Ratsarbeiten zu empfehlen. Auch die französische Delegation befindet sich in merkwürdiger Eile und gibt zu verstehen, daß Briand lieber heute als morgen nach Paris zurück möchte. Wenn Briand gegenwärtig tatsächlich in Paris sein muß — sein Amt als Außenminister werden ihm ja auch die kommenden Männer nicht wegnehmen wollen — dann hat er doch in der Person von Massigli einen Vertreter, so daß nicht einzusehen ist, warum die Krise in Frankreich die Arbeit des Völkerbundes beeinträchtigen sollte. Der Rat muß deshalb seine Arbeiten zu Ende führen und jeden Gedanken an eine Vertagung und Einberufung einer außerordentlichen Sitzung von sich weisen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte dem den Vorsitz führenden englischen Außenminister Henderson einen neuen Besuch ab. Ueber den Inhalt der Unterredung wurde Stillschweigen bewahrt, doch zirkulierten trotzdem „Inhaltsangaben“. Nach der einen Lesart soll die Unterredung für Deutschland unbefriedigend verlaufen sein und der englische Außenminister den deutschen Forderungen nach Genugtuung und Sicherung der Rechte der Minderheiten für die Zukunft nicht das Verständnis entgegengebracht haben, das man von ihm erwartet hatte. Nach einer anderen Darstellung wieder soll Henderson die deutschen Forderungen als berechtigt anerkannt haben und für ihre Durchsetzung bemüht sein wollen.

Der Endkampf

um das Recht Oberschlesiens.

— Genf, 23. Jan. Aus den bisher zwischen der deutschen Abordnung und dem Berichterstatter für die Minderheitenfragen geführten vertraulichen Verhandlungen hat sich eine Grundlage für einen Bericht ergeben, der als endgültige Regelung der ober-schlesischen Frage vom Völkerbundsrat angenommen werden soll. Auf deutscher

Rückkehr der Tardieu-Mehrheit?

Steegs Rücktritt angenommen. — Als Favoriten gelten Laval und Flanin.

— Paris, 24. Januar.

Nachdem die französische Kammer mit 293 gegen 283 Stimmen der Regierung Steegs das Vertrauen versagt hat, hat Ministerpräsident Steeg dem Staatspräsidenten seine Entlassung angeboten. Der Präsident hat die Demission angenommen und sogleich Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung eingeleitet. Er empfing die Präsidenten der Kammer und des Senats sowie die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen.

Der Sturz der französischen Regierung erfolgte etwas plötzlich, zugleich lag er aber auch in der Luft.

Krisenursache ein neuer Skandal.

Wie erinnert man sich, hat das Kabinett Steeg, als es vor einem Monat und neun Tagen die Amtsgeschäfte übernahm, nur eine Mehrheit von sieben Stimmen ergötzen können. Außerdem hatten zwischen der Ausarbeitung der Regierungserklärung und ihrer Verlesung in der Kammer nicht weniger als fünf Staatssekretäre ihre Aufgabe der Mitarbeit wieder rückgängig gemacht. Eine neue Zuspitzung erfuhr die Situation, als die Frage der Stabilisierung der Getreidepreise auf die Tagesordnung kam. Vollends unhaltbar wurde die Stellung Steegs, als der Landwirtschaftsminister Boret, der aus dem Getreidegroßhandel hervorgegangen ist, unbekümmert um die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett und über die Köpfe seiner Kollegen hinweg seinen Entschluß zur Stabilisierung der Getreidepreise bekanntgab. Er hatte damit eine wilde Spekulation ausgelöst — der Umsturz an der Getreidebörse folgte auf das Geheiß des Vortages — und die Politik mit dem Geschäft verquält. Letzten Endes ist es also ein politischer Skandal, der den Sturz der französischen Regierung herbeigeführt hat.

Mit dem Sturz Steegs ist zugleich der zweite Versuch mißglückt, in der aus den Wahlen von 1928 hervorgegangenen Kammer mit ihrer Rechtsmehrheit eine Linkregierung zu bilden. Das Jüngste an der Wange blühten die eifrig Kommunisten, die in der entscheidenden Abstimmung mit der Rechten gegen Steeg gestimmt haben. Schaltet man die Möglichkeit eines dritten Versuchs zur Bildung einer Linkregierung aus, dann kann es sich jetzt nur darum handeln, entweder eine Zusammenfassung der Mitte vorzunehmen, oder aber zu der Tardieu-Mehrheit zurückzukehren, also den sogenannten nationalen Block wieder zu beleben.

Als kommende Männer gelten gegenwärtig Pierre Laval und der frühere Handelsminister im Kabinett Tardieu Flanin. Flanin hat in der letzten Sitzung der Kammer die Mehrheit gegen Steeg gesammelt. Politische Fragen werden bei der Kabinettbildung, deren baldige Bildung erwartet wird, kaum eine Rolle spielen. In der Außenpolitik wird sich diesmal ebenso wenig etwas ändern als bei den vorausgegangenen Krisen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Aufgaben zwangsläufig: Durchführung der Wirtschaftsreform und Verabschiedung des neuen Staatshaushalts, und um die Präsidentenwahl wird man sich jetzt noch nicht zu sorgen brauchen, denn bis Anfang Juni kann es nochmals einen Regierungswechsel geben, sind doch kurzfristige Amtsperioden in Frankreich ganz an der Ordnung.

Ohrfeigen in der Wandelhalle.

Der Sturz der Regierung Steegs vollzog sich abrupt unter bestigen Lärm. Auch in der Wandel-

Seite hat man sich noch nicht entschieden, ob der bisherige Berichtsentwurf als tragbar angesehen werden kann, da einige Hauptpunkte noch nicht berücksichtigt sind. Sollte sich im Laufe der Nacht die Möglichkeit einer Einigung zeigen, so könnte die Tagung des Völkerbundesrates am Sonnabend abend abgeschlossen werden.

Von anderer Seite verlautet neuerdings, daß die polnische Vertretung selbst den die deutschen Forderungen nicht entscheidend berücksichtigenden Punkten des Berichtes neue Schwierigkeiten entgegensetzt. Es muß also doch noch mit sehr hartnäckigen und länger dauernden Verhandlungen gerechnet werden.

Ein zweiter Oberschlesien-Entwurf

von deutscher Seite abgelehnt.

— Genf, 23. Januar. Wie man von maßgebender Seite erfährt, ist der am Freitag abend der deutschen Abordnung übermittelte zweite Entwurf für den Bericht des Völkerbundesrates von deutscher Seite abgelehnt worden, da er den deutschen Forderungen in den Hauptpunkten in keiner Weise Rechnung trug. In diesem Entwurf war es der polnischen Regierung überlassen, ohne jede Kontrolle die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Abrüstungskonferenz 2. Februar 1932.

Tagungsort: Genf.

Der Völkerbundsrat setzte am Freitagnachmittag in geheimer Sitzung den 2. Februar 1932 als Termin für die Abrüstungskonferenz fest. Als Konferenzort hat er Genf bestimmt.

Der Präsident soll nicht durch die Konferenz, sondern durch den Völkerbundsrat ernannt werden. In diese Frage aber noch nicht geklärt ist, wurde die Wahl auf die Mainatagung verschoben.

Die Abrüstungskonferenz soll im Anschluß an die Januartagung des Völkerbundesrates stattfinden, deren Beginn auf den 25. Januar festgesetzt wurde.

hätte hing es erregt zu. Hier warf der Abgeordnete de Tessan dem Direktor einer politischen Wochenschrift vor, er habe in seiner Zeitung Mitteilung über das Privatleben verschiedener Parlamentarier gemacht und damit deren Familien beleidigt. Als er dann seinen Gegner gar noch mit Ohrfeigen traktierte, kam es zu einem regelrechten Handgemenge, das erst ein Ende nahm, als einer der Kämpfer wehrlos am Boden lag.

Polenflieger kommen vor Gericht.

Am 31. Januar Verhandlungsbeginn vor dem Schöffengericht Dypeln.

In der Strafsache gegen die polnischen Flieger, den Feldwebel Wolff und den Sergeanten Ziwiela, die während der Abwesenheit des Reichskanzlers in Dypeln dort auf dem Czerz-erplatz notlandeten, hat das Schöffengericht Dypeln zum 31. 1. Termin anberaumt. Nach dem Anklagebeschlusse werden die Flieger beschuldigt, am 9. Januar die Reichsgrenzen unbefugt überschritten zu haben, ohne im Besitze eines amtlichen Passes gewesen zu sein, und einer zur Wahrung der öffentlichen Ordnung erlassenen Vorschrift über den Verkehr und den Betrieb von Luftfahrzeugen zuwidergehandelt zu haben.

Der Aufständischen-Verband klagt.

Der polnische Aufständischen-Verband in Ostoberschlesien hat in Katowitz beim Bürgerrecht eine Klage gegen den Deutschen Volksbund eingereicht und fordert darin die Bestrafung des Volksbundes wegen Verleumdung. Die „Verleumdung“ soll darin bestehen, daß der Volksbund in seiner Eingabe an den Völkerbund den Aufständischen-Verband für die Greuelthaten in Ostoberschlesien verantwortlich gemacht hat.

Die verbotene Reichsgründungsfeier.

— Berlin, 24. Januar. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die Untersuchung ergeben, daß die Regierung in Frankfurt a. O. in der Tat die Abhaltung von Schulfeiern aus Anlaß des Reichsgründungstages schriftlich und telefonisch verboten hat. Der preussische Kultusminister hat deswegen der Regierung in Frankfurt seine schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Er habe es für selbstverständlich gehalten, daß auch ohne besondere Anordnung in den Schulen Gedenkfeiern abgehalten werden würden.

6 Prozent Gehaltskürzung im Ruhrbergbau. Die Gehaltsstarke der zum 31. Dezember gekündigten Angestellten des Ruhrbergbaues sind mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt worden, daß sie ab 1. Januar um 6 Prozent ermäßigt werden.

Gegen den Karneval.

Eine Verfügung Hitlers.

Im „Völkischen Beobachter“ lesen wir:

Im Hinblick auf die allgemeine Not verbiete ich mit sofortiger Wirkung allen Partei-Organisationen, karnevalistischen Treiben, Bälle usw. zu veranstalten oder sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen.

Wo bereits solche Veranstaltungen angelegt sind, steht es frei, diese in „deutsche Abende“, die vom nationalsozialistischen Geiste getragen sind, umzugestalten.

München, den 20. Januar 1931. gez. Adolf Hitler. (Von allen Parteiblättern nachzudrucken.)

— München, 24. Januar.

— S a m b u r g, 24. Januar.

Statt Rarien.

Gerford i. W.

Freistatt
Kr. Sülzingen

Januar 1931.

Süngerer, Jolider

54 Todesopfer.

Nährungsstud bei Seraiewo.

Letzte Meldungen.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs in der
 — Berlin, 24. Januar. In dem Lohnstreit der
 Siegerländer Metallindustrie ist der Schiedsspruch vom
 2. Januar 1931 vom Reichsarbeitsminister für verbind-
 lich erklärt worden.

— Radiogerät, 4 Röhren, „Seibt“ billig zu verkaufen.
Näheres im Dankort.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Melipolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld, Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Jüngere

um Aulernen, schlicht um schlicht,
nd Fam.-Anschl., zum 1. März gef.
Külke, Bethel, Bethelweg 17.

s eigener Interes, fall ausgelassen.
doje 9 Bfd. Inhalt Ml. 11. —, 4½ Bfd.
inhalt Ml. 6.50 frei Haus unter Nach-
nahme. Garantie Zurücknahme.
Rektor a. D. Feindt & Söhne,
Gumbinnen 210.

Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverkalkung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrachten die orient. Völker den Knoblauchsaff gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefern ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Zeichensoliven
erhöhen das Wohlbefinden
Fachmännische Beratung und Bedienung
Reformhaus zur Gesundheit
Bahnhofstraße 2 Ecke Jahnplatz

Mr. 22.

23
23
Si
Ri
Ur
Fo
22
St
Co
Bo

Gi

Sinter u
19

einen erheblichen Gewinn zu erzielen, müssen uns auf die Zukunft freuen. Ich nun freue ich mich, daß die deutsche Regierung in der inneren und äußeren Politik den Kampf gegen den Sozialismus fortzusetzen beabsichtigt. Ich hoffe, daß die deutsche Regierung in der inneren und äußeren Politik den Kampf gegen den Sozialismus fortzusetzen beabsichtigt. Ich hoffe, daß die deutsche Regierung in der inneren und äußeren Politik den Kampf gegen den Sozialismus fortzusetzen beabsichtigt.